

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Martin Mittag

Abg. Gerd Mannes

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Diesen **Tagesordnungspunkt 8** rufe ich jetzt auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen

(Drs. 18/19491)

Ich rufe in Erinnerung, dass auch hier namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die Aussprache. Gesamtredezeit der Fraktionen: 32 Minuten. Erster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Versorgungssicherheit bei der Energie war heute Nachmittag bereits ein zentrales Thema. Wir haben heute aus aktuellem Anlass einen Antrag hochgezogen; wir brauchen ein robustes Netz. Wir brauchen ein redundantes Stromnetz, das nicht bei jeder Gelegenheit ausfällt. Hier ist eben der Ausbau des Übertragungsnetzes von ganz zentraler Bedeutung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landtag soll deshalb – so unser Antrag – die Bayern betreffenden Ausbaupläne des aktuellen Bundesbedarfsplangesetzes als wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Netzstabilität begrüßen. Besonders wichtig ist hier der zügige Fortgang der Projekte SuedLink, SuedOstLink, der Juraleitung und des Ostbayernrings. Ich kann hier noch mal kurz in Erinnerung rufen, dass das Bundesbedarfsplangesetz wiederholt bestätigt wurde – das letzte Mal im Bundestag im Januar 2021 mit den Stimmen auch der CSU.

Versorgungssicherheit ist zentral. Wir alle wissen derzeit nicht, wie sich die nächsten Monate entwickeln werden. Umso dramatischer ist es deshalb, wenn wir Milliarden – es sind tatsächlich Milliarden – an Kilowattstunden an erneuerbarer Energie wegwer-

fen. Momentan tun wir das nämlich, weil wir es nicht schaffen, den sauber produzierten Windstrom aus dem Norden in das energiehungrige Bayern, in den Süden zu bekommen. Jahr für Jahr werfen wir 6,5 Terawattstunden weg. Ministerpräsident Söder hat das heute in Haushalte umgerechnet. Das sind 350.000 Haushalte, die wir in Deutschland mit sauberem Strom versorgen könnten. Das funktioniert aber nicht, weil die Stromleitungen nicht da sind und das Ganze aberegelt, weggeworfen werden muss. Das kann so nicht mehr weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es die CSU und die FREIEN WÄHLER selbst in einer Krisensituation nicht schaffen, endlich zu sagen, wir stehen zur Windkraft, wir beerdigen 10 H, ist nicht zu begreifen. Ich kann auch die Ausführungen von Ministerpräsident Söder von heute Nachmittag nicht begreifen. Darin waren so viele falsche Behauptungen enthalten.

Kurzer Schwenk: Zum Ersten wurde gesagt, Baden-Württemberg sei beim Windkraftausbau nicht arg viel schlechter als Bayern. – Das ist falsch. Baden-Württemberg hat 134 Anlagen im Genehmigungsverfahren, Bayern nur 21; das ist auf die Fläche bezogen die 13-fache Menge.

Zum Zweiten wurde gesagt, 10 H sei eine Form der Bürgerbeteiligung. – Ja, wenn kein Windrad mehr gebaut wird, dann ist auch die Bürgerbeteiligung bei null. Da könnten Sie mal nachrechnen, liebe CSUler und FREIE WÄHLER.

Es wurde gesagt, eine Milliarde würde in den Klimaschutz investiert. – Das sind gerade einmal 600 Millionen Euro, weil 400 Millionen Euro für den Wasserstoff erst ab 2024 bereitstehen sollen.

Es wurde gesagt, das Potenzial bei der Wasserkraft sei groß. – Das ist auch falsch. Bei dem Klimawandel können wir froh sein, wenn wir die 11 Terawattstunden halten können.

Es wurde gesagt, wir hätten bereits eine Solarpflicht. – Das ist auch falsch. Der Entwurf dazu liegt seit November in der Schublade des Umweltministers; dort liegt er schon ewig lang. In Bayern gibt es also auch noch keine Solarpflicht.

Es wurde gesagt, Geothermie würde es nur im Süden geben. – Herr Ministerpräsident, auch das ist falsch. Die Geothermie gibt es auch im Norden; sie ist nur nicht erkundet.

Es wurde gesagt, AKWs könne man einfach so weiterlaufen lassen. – Das ist ebenfalls falsch. Der Streckbetrieb geht maximal 80 Tage usw. usf.

Sie sehen also, da bleibt nicht allzu viel übrig. Man muss da schon sagen: Es ist kein Wunder, dass wir in Bayern bei der Energiepolitik da stehen, wo wir stehen, weil sowohl der Ministerpräsident als auch seine Ministerriege im Bereich Energiepolitik kaum oder keine Kompetenz haben. Da ist bei der Staatsregierung wirklich Fehlanzeige. Es wird allerhöchste Zeit, dass wir das ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selber kann die Staatsregierung also nicht auf die erneuerbaren Energien setzen. Aber dann müssen Sie sich wenigstens helfen lassen. Das Stichwort "helfen lassen" würde zum Beispiel Stromleitungen bedeuten. Aber auch hier hat Ministerpräsident Seehofer es geschafft, den ganzen Prozess um vier Jahre zu verzögern. Wir hätten die HGÜ-Leitungen; 2022 sollten die fertig sein.

Was zum Beispiel den Wasserstoff betrifft, wäre es so, dass wir sagen: Wir brauchen diese Übertragungsleitungen für die Elektrolyseure, weil es sonst keinen Saft für die Herstellung von Wasserstoff gibt. – Wann wir die Söder-Pipeline aus der Golfregion bekommen, ist ungewiss. Sehr geehrte Damen und Herren, das werden wenige von uns, die hier drinsitzen, noch erwarten können. Da müssen wir länger warten als bis halb zehn am Abend. Das werden wir wahrscheinlich alle nicht mehr erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Grundsatzdebatten wie heute auch bei der Regierungserklärung sind immer alle für Versorgungssicherheit, für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das hat sich selbst unser Ministerpräsident heute abgerungen. Aber wenn es dann konkret wird, wenn die Windkraftanlage dann gebaut werden soll, wenn die Stromleitung gebaut werden soll, dann wird gekniffen, dann heißt es oft: Wir sind dagegen. – Das ist genau der Grund, warum wir heute unseren Antrag hochgezogen haben. Im Ausschuss – ich schaue gerade den Kollegen Nussel an – haben vier Vertreter der CSU dagegen gestimmt, gegen diesen einfachen Antrag, der eigentlich nur das wiederholt, was die CSU im Bundestag schon mehrfach beschlossen hat, der genau das wiederholt, was im Bundesbedarfsplangesetz drinsteht. Die CSU hat dagegen gestimmt. Der Kollege Pschierer hat sich als einziger enthalten, weil er sich gedacht hat: Ich war doch mal Wirtschaftsminister in Bayern, da könnte es vielleicht richtig sein, dass man die eine oder andere Stromleitung braucht. Er hat sich noch erinnert. Die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN haben auch dagegen gestimmt. Ich bin mal gespannt, wie Sie sich heute Abend hier verhalten, wie Sie abstimmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir GRÜNE sind der festen Überzeugung: Wir brauchen endlich ein klares Signal für den Ausbau unseres Stromübertragungsnetzes – für mehr Versorgungssicherheit, für mehr Netzstabilität und für mehr Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Stümpfig. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Prof. Dr. Ingo Hahn, AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Stümpfig von den GRÜNEN, Sie haben hier wiederholt von Windkraft als einer sauberen Energie gesprochen. Das Gegenteil ist natürlich der Fall. Sie unterliegen hier dem Irrtum einer Greenwashing-Kampagne. Die Windkraft ist sicherlich nicht sauber, sondern eher dreckig. Ich nenne

Ihnen auch die Gründe dafür: Es geht hier um gewaltige Ressourcen, die dafür aufgebracht werden müssen: Stahl, die Betonfundamente. Dann wissen wir um die Schäden in den Wäldern. Sie sind wahrscheinlich der erste Forstwirt, der gerne Wälder abrodet, um dort Windräder reinzusetzen. Dann geht es auch um Hunderttausende Vögel und Fledermäuse und Millionen von Insekten. Und es geht um das Endlager für diese Verbundstoffe, das noch keineswegs gesichert ist. Man weiß gar nicht, wohin damit.

(Zuruf)

Das heißt, es ist keine saubere Energie, es ist eine dreckige Energie. Deshalb meine Frage: Wie kommen Sie dazu, dass man wegen dieser dreckigen Energie auch noch Landschaften mit Ihrem SuedOstLink modifizieren und abrodieren soll? Wenn Sie mir das einmal erklären würden.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Hahn, Sie nutzen jede Möglichkeit für Hochzieher. Wir haben in einer Viertelstunde Ihren erneuten Hochzieher. Von meiner Seite gibt es zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode einen Hochzieher. Das macht man relativ selten, nämlich dann, wenn man ein wirklich wichtiges Thema hat. Wir werden diese Fragen, die Sie jetzt zum wiederholten Male stellen, in einer halben Stunde diskutieren. Dann können wir darauf eingehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Martin Mittag das Wort.

Martin Mittag (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stümpfig, es hat sich schon an Ihren Ausführungen gezeigt, dass es überhaupt nicht darum geht, den Antrag oder dessen Inhalt wirklich voranzubringen, sondern um das, was Sie auch im Wirtschaftsausschuss schon angekündigt haben. Sie haben nämlich angekündigt, dass der Antrag hochgezogen wird und dass er namentlich abgestimmt

wird, um – jetzt muss man sich festhalten – den Abgeordneten und Politikerinnen und Politikern, die sich draußen vor Ort an Stromtrassendiskussionen beteiligen, mehr oder weniger das Messer auf die Brust zu setzen für Maßnahmen – das ist der eigentliche Grund, warum der Antrag überhaupt keinen Sinn macht, und der Hochzieher noch viel weniger –, die beschlossen sind, die sich auf Bundesebene in der Umsetzung befinden.

Leider – und das tun Sie sehr oft nicht – interessieren Sie sich nicht für die Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben natürlich gewisse Überlegungen, wenn so eine Trasse kommt, die möglicherweise sehr nah am Haus vorbeiführt, ähnlich wie ein Windrad, wenn Ihrem Wunsch entsprechend 10 H aufgelöst ist. Sie haben mehr über 10 H als über die Stromleitungen gesprochen, um die es im Antrag gehen soll. Wenn das plötzlich vor der eigenen Haustür stehen soll, ist es sehr verständlich, dass man sich darüber Gedanken macht. Dass sich auch die Politik sich mit diesen Ängsten oder Sorgen auseinandersetzt, ist richtig und selbstverständlich.

Das interessiert Sie gar nicht. Das interessiert Sie überhaupt nicht, weil Ihre Ideologie heißt: Wir schaffen 10 H ab, Windräder vor jeder Haustür, und dabei ist uns völlig wurscht, was der Bürger denkt und wie es den Bürger betrifft. – Da nenne ich jetzt nicht die AfD mit irgendwelchen Vögeln oder sonstigen Geschichten. Das ist eigentlich auch Ihr Thema als "die" Naturschützer, die "einzig wahren" Naturschützer und Artenschützer. Aber es geht Ihnen eben nicht darum, dass es den Bürger und die Bürgerin vielleicht betrifft.

Das ist ein Begrüßungsantrag, der noch weniger ist als ein Schaufensterantrag, der nur Druck auf Kolleginnen und Kollegen ausüben soll, die vielleicht bei sich vor der Haustür betroffen sind von Überlegungen, Nöten und Unsicherheiten, was einen Trassenbau angeht, über den man reden muss. Keiner der Kollegen hat gesagt: Wir sind gegen den Trassenbau. – Auch im Wirtschaftsausschuss hat kein CSU-Kollege und keine CSU-Kollegin zum Thema Ausbau gesagt, wir wollen keine Stromtrassen. Das

stellen Sie so hin. Aber das ist nicht der Fakt. Fakt ist, dass man darüber diskutieren muss.

(Zuruf)

– Bleiben Sie doch ruhig. Sie können Zwischenbemerkungen machen. Aber Kollege Stümpfig war Ihnen voraus, da müssen Sie bitte warten. Er spricht ja für Sie. – Hier den großen Zampano zu machen, wenn das auf Bundesebene schon läuft, halte ich für völlig falsch. Deswegen empfehle ich dem Hohen Haus Ablehnung des Antrags. Das läuft schon. Sie haben es gesagt: Auch da war die CSU im Bund beteiligt. Die Maßnahmen sind am Laufen. Jetzt hier unnötig Unruhe reinzubringen, passt ein bisschen zum heutigen Tag. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Mittag, der Antrag besteht aus zwei Sätzen. Der erste Satz lautet, dass man die Ausbaupläne zum Bundesbedarfsplangesetz begrüßt. Im zweiten Satz sind die vier großen Projekte genannt. Wenn Sie heute sagen, Sie lehnen das ab, dann treten Sie mit Füßen, was Ihre eigene Fraktion in Berlin beschlossen hat. Sie treten mit Füßen, dass man endlich einmal sagt, die Politik muss mit einer Stimme sprechen. Wir alle wissen, das wird nicht einfach werden; wir haben eine Transformation vor uns; wir müssen weg von dieser Abhängigkeit von Russland. Das haben wir heute doch die ganze Zeit diskutiert. Es wird voll in Richtung Elektrifizierung gehen. Wir wissen, es ist notwendig. Das wissen Sie hoffentlich auch. Da müssen wir doch jetzt zusammenstehen und klare Kante zeigen. Und dann dieses Spielchen, das Sie hier machen! Das sind zwei einfache Sätze. Da irgendetwas hineinzudeuteln, ist der größte Witz. Das wird draußen niemand verstehen. Das wird die bayerische Wirtschaft auf gar keinen Fall verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Mittag (CSU): Habe ich das Wort?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte sehr, Herr Mittag.

Martin Mittag (CSU): Ich habe es schon ausgeführt, Kollege Stümpfig, aber ich wiederhole es gerne für Sie. Keiner hat sich gegen den Stromtrassenausbau ausgesprochen. Keiner. Erster Fakt.

Zweiter Fakt. Wir sind wahrscheinlich viel mehr im Austausch mit der Wirtschaft, als Sie es jemals sein werden, und das ist auch gut so.

(Zuruf)

Drittens. Noch einmal: Da ist nur Ihre Ankündigung, um was es Ihnen heute geht. Das ist ein Antrag zur Begrüßung von laufenden Maßnahmen. Alles, was Sie da reingeschrieben haben, läuft. Sie brauchen das nicht zu begrüßen. Das brauchen Sie nicht. Und deswegen tun wir es auch nicht, um Ihnen nicht den Gefallen zu tun.

Ihre Aussagen, die Wirtschaft wird es der CSU böse vorwerfen – das glaube ich nicht, weil wir mit der Wirtschaft reden. Die Wirtschaft weiß, dass wir diesen Ausbau wollen und brauchen.

(Zuruf)

Das sagen wir der Wirtschaft auch. Da müssen Sie keine Sorge haben.

(Zuruf)

Sie können jetzt versuchen, mit einer namentlichen Abstimmung Druck auf Abgeordnete aufzubauen. Bei mir werden Sie es nicht schaffen und ich hoffe, bei der Mehrheit im Hohen Haus auch nicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Mannes das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stümpfig, es ist eine Unverschämtheit, dass die GRÜNEN trotz der gegenwärtigen Krisen dem Parlament mit belanglosen Anträgen die Zeit stehlen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Doch, das ist genau so!

(Beifall bei der AfD)

Sie fordern den Landtag auf, ein Problem zu begrüßen – zu begrüßen! –, das durch Ihre ökosozialistische Ideologie erst in die Welt gesetzt wurde, und zwar konkret beim Stromtrassenbau.

Diese gigantischen Übertragungsstrassen wurden erforderlich, weil alle Kartellparteien bei den grundlastfähigen Kraftwerken in Süddeutschland einen Kahlschlag angerichtet haben. Das ist Fakt. In Bayern fehlen 4,5 Gigawatt Leistung. Das stimmt wiederum, da haben Sie recht. Die GRÜNEN haben den Feldzug gegen die konventionelle Energieerzeugung angeführt. Der Freistaat muss nun Strom aus norddeutschen Windkraftanlagen beziehen, damit die Lichter hier nicht ausgehen. Das ist leider so.

Wenn wir das so machen, wie Sie das wollen, ist die Energieversorgung über die Trassen aber riskant und nicht grundlastfähig. Das sollten Sie sich einmal merken. Es sprechen also wirtschaftliche und technische Argumente gegen diese planwirtschaftlich erzwungene Transformation des Energiesystems, das Sie hier immer anführen. Den Preis für diese unsoziale Politik – und sie ist unsozial – müssen die Verbraucher jetzt mit den explodierenden Strom- und Heizkosten und den stark gestiegenen Netzentgelten bezahlen.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, davon mal ganz abgesehen fragt sich: Welchen Sinn hat dieser Antrag von Ihnen? Ich komme einfach nicht drauf. Sie verschwenden wirklich die Zeit des Parlaments für eine Debatte, um etwas, was auf Bundesebene längst beschlossen wurde, zu begrüßen. Das hat doch gar keinen Sinn. Das ist doch völlig lächerlich.

Das Bundesbedarfsplangesetz ist seit dem Jahr 2013 in Kraft. Das braucht jetzt keine Beweihräucherung durch Ihren Antrag. Wir als Abgeordnete sollten uns in der aktuellen Lage nicht mit belanglosen Floskeln herumschlagen, wie Sie das hier machen. Während wir hier die Debatte führen, stehen bundesweit Hunderttausende verzweifelte Berufspendler an den Zapfsäulen und wissen nicht, wie sie die Spritpreise bezahlen sollen. Darüber hätten Sie mal sprechen sollen! Millionen Geringverdiener sitzen gerade vor ihrer Stromrechnung und überlegen sich, ob sie in diesem Jahr lieber beim Essen oder bei der Heizung sparen sollen. Das ist auch Fakt. Kurz gesagt: Sie als Mandatsträger sollten den Elfenbeinturm endlich verlassen und schleunigst wirksame Instrumente zur Entlastung der Bevölkerung finden. Darüber haben wir heute Mittag schon gesprochen.

Dazu gehört vor allem, dass Sie endlich aufhören, funktionierende Kraftwerke von Milliardenwert einfach stillzulegen und abzureißen. Die gegenwärtige Energiekrise hat gezeigt, dass wir auf unsere konventionellen Kraftwerkparks angewiesen sind. Das sollten auch Sie als verblendete Ideologen endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Sie sind Geisterfahrer. Kehren Sie doch endlich um! Wir brauchen eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, und wir brauchen auch zum Teil eine konventionelle Energieerzeugung.

(Widerspruch)

– Doch! – Natürlich sind der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur wichtig. Darin gebe ich Ihnen recht. Aber: Eines ist bei diesen Infrastrukturprojekten schon wichtig: Die Bürgerbeteiligung der betroffenen Menschen vor Ort dürfen Sie doch nicht aushe-

beln. Alle Betroffenen müssen einbezogen werden. Niemand darf oder sollte persönliche Nachteile erleiden müssen, wenn die Stromtrasse an seinem Haus vorbeigeführt wird. Oder es müssen entsprechende Entschädigungen gezahlt werden. Herr Stümpfig, es ist schon traurig, dass sich die GRÜNEN in ihrem Antrag indirekt über den Widerstand der Anwohner im Trassengebiet, sage ich mal, beschweren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Mannes, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gerd Mannes (AfD): Also, letzter Satz: Ihr Antrag ist überflüssig, inhaltsfrei und wird daher von uns abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Verbraucher und Wirtschaft ächzen derzeit unter den enorm hohen Energiepreisen. Abhilfe soll unter anderem der ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen – das heißt: noch mehr Windräder, noch mehr PV-Anlagen und Ähnliches.

Doch der gewonnene Strom muss natürlich auch transportiert werden, und zwar dorthin, wo er gebraucht oder gespeichert werden kann. Wir wissen aber aus der Praxis, dass sich dort, wo Trassen geplant sind, auch meist sofort herber Widerstand regt. Prekär ist die Situation nicht nur in der Oberpfalz oder im nördlichen Franken, in meinem eigenen Stimmkreis, wo aktuell massiv gegen die Trassen geklagt wird.

Unsere Heimat wird durch den Bau der Stromtrassen übermäßig strapaziert; er sei überdimensioniert, überflüssig und schädlich – das sagen die Trassengegner. Meine Damen und Herren, das sind Sorgen der Menschen vor Ort, die die Politik aber nicht ignorieren darf. Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger hat für uns Priorität, hingegen nicht Ihre grüne Ideologie. Natürlich geraten wichtige Stromautobahnen so immer

weiter in Verzug. Es stellt sich für uns die Frage: Wie lässt sich dieser Knoten lösen? Sind die Trassen entbehrlich, oder sind sie alternativlos?

Die mit der Energiewende einhergehenden Veränderungen der Stromversorgung erfordern grundsätzlich eine Anpassung der Übertragungsnetze. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Wir FREIEN WÄHLER sind auch nicht grundsätzlich Gegner von Stromtrassen, aber wir prüfen durchaus sorgsam jeden Leitungsbau, ob er denn notwendig oder überflüssig ist, ob er die Umwelt, die Natur, die Menschen vor Ort und nicht zuletzt auch die Steuerzahler belastet.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass die Versorgungssicherheit auch durch ein dezentrales System aufrechterhalten werden kann. Der regionale Ausbau der erneuerbaren Energien würde künftig Stromtrassen mehr und mehr überflüssig machen. Bayern setzt Akzente bei Energie aus Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie, bei der Windkraft natürlich mit der Evaluierung der 10-H-Regelung, einer ambitionierten Wasserstoffstrategie sowie dem Ausbau der Wasserstoffnetze.

Ich nenne hier als Paradebeispiel einmal den "WUNsiedler Weg". Meine Damen und Herren, das ist ein Modellprojekt, das in Oberfranken durch einen komplementären Mix aus erneuerbaren Energien Lösungsvarianten aufzeigt und somit auch die Wertschöpfung vor Ort gewährleistet.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Stümpfig, ich teile durchaus einige Passagen im vorliegenden Antrag. Natürlich dient der Ausbau der Netze der Versorgungssicherheit und der Netzstabilität. Was dann aber folgt, ist leider wieder einmal ein reiner Schaulustantrag. Sie fordern, den Übertragungsnetzausbau nach dem Bundesbedarfsplangesetz zu begrüßen und zu unterstützen. Sie wissen doch ganz genau – das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass die Planung der Trassen allein in der Verantwortung und in der Hand der Bundesregierung liegt. Das ist längst beschlossene Sache. Diese Ausbauplanung steht schlichtweg, und zwar unbeeindruckt davon, wie die FREIEN WÄHLER das in Bayern sehen, bewerten, wie sie irgendwie versuchen einzuwir-

ken oder sich einbringen. Meine Damen und Herren, allein durch die im Bundesbedarfsplangesetz enthaltenen und sich in der Umsetzung befindlichen Ausbau- und Ertüchtigungsmaßnahmen haben sich die Forderungen in Ihrem Antrag doch schon erledigt.

Ich frage mich, warum Sie, die GRÜNEN, Ihre Unterstützungsanfrage eigentlich nicht direkt an Ihren eigenen Klimaminister richten. Sie müssten damit doch nicht den ganzen Bayerischen Landtag hier beschäftigen. Wenden Sie sich an Berlin!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, bin ich auch sehr erstaunt, dass viele Ihrer eigenen Mitglieder vor Ort selbst gegen die Trassen protestieren. Das sollten Sie bitte nicht uns sagen oder uns anlasten, sondern Sie sollten erst einmal vor der eigenen Tür kehren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich stelle auch noch fest, dass der Einsatz für Regionalität und Dezentralität bei den GRÜNEN extrem nachgelassen hat. Genau darauf kommt es uns aber an, nämlich auf dezentrale, regionale Energieerzeugung, Verteilung und Versorgung.

Abschließend fasse ich die Position der FREIEN WÄHLER noch kurz zusammen: Den geplanten Trassenausbau wollen und werden wir nicht komplett verhindern können; denn die Maßnahmen für aktuell notwendige Netzausbauprojekte sind auf Bundesebene beschlossen und in der Umsetzung. Die Zukunft sind für uns intelligente Netze statt eines überdimensionierten unnötigen Trassenausbaus. Unser Ansatz ist, bestehende Stromnetze bedarfsgerecht zu optimieren, zu minimieren und den Ausbaubedarf durch dezentrale Energiepolitik moderat zu halten und zu senken. Unsere Maxime lautet: So viel Netzausbau wie nötig, so wenig wie möglich. Ihr Antrag geht an unseren Vorstellungen vorbei. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig vor.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, Sie haben gesagt, Sie werden es nicht verhindern können. Okay, das ist offenbar Ihre Haltung, aber wir diskutieren momentan darüber, uns unabhängig zu machen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Wir wollen und müssen auch schneller werden. Die Leitungen werden kommen. Dies ist ein Fakt. Aber die Leitungen kämen schneller, wenn wir uns als Vertreter der Politik in Bayern klar dazu bekennen würden. Hier ist Ihre Haltung maximal schädlich. Wir hatten neulich erst wieder eine Petition, in der der Petent Herrn Aiwanger zitiert hat, weil dieser ihn in seinem Protest gegen die Leitung unterstützt hat. Letzte Woche war in den "Nürnberger Nachrichten" ein Interview mit Herrn Kollegen Glauber, den ich sehr schätze, zu lesen, in dem er sich gegen den SuedOstLink ausspricht. Glauben Sie, wir werden einen Schritt vorankommen, wenn sich zwei Minister gegen den Leitungsbau aussprechen? Es geht darum, diesen ein wenig zu beschleunigen. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt.

Vielleicht noch kurz zum Schluss: Ich habe mir einmal den Spaß gemacht, all Ihre Begrüßungsanträge durchzunummerieren. Fast zwei Drittel Ihrer Dringlichkeitsanträge sind Begrüßungsanträge, von uns ist es der allererste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende. – Herr Kollege Ludwig, bitte.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Stümpfig, ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie sich hier immer wieder zu Wort melden, aber leider auch heute vergeblich.

(Heiterkeit)

Es ergibt einfach keinen Sinn. Sie wollen oder können es nicht begreifen. Sie kommen immer wieder mit der gleichen Leier. Sie haben Ihre eigenen Anschauungen; diese sind festgefahren und starr. Ich betone noch einmal: Wir FREIEN WÄHLER in der Koalition haben unsere eigene Meinung zu den Trassen. Wir sind nicht gegen die Trassen. Ich wiederhole meinen Schlusssatz:

(Zuruf)

So viel Netzausbau wie nötig, aber auch nur so wenig wie möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick könnte man tatsächlich meinen, es wäre ein Antrag der Regierungsfraktionen; denn sie begrüßen in ihren Anträgen ständig irgendetwas, das die Staatsregierung tut. Auf den zweiten Blick sieht man allerdings: Es geht nicht um die Staatsregierung, sondern um die Bundesregierung und um den Bundestag. Dann wird klar, er kann nicht von CSU und FREIEN WÄHLERN kommen.

Worum geht es? – Der Landtag soll die Pläne, die im Bundesbedarfsplangesetz zum Stromtrassenausbau niedergelegt sind, begrüßen. Das heißt, die Fraktionen sollen sich klipp und klar zum notwendigen Netzausbau bekennen. Dahinter steht die Hoffnung, die auch ich teile, dass die ständigen Meinungswechsel einzelner Kollegen zwischen München und ihrem Stimmkreis reduziert werden. Man könnte natürlich einwenden, dies sei ein Schaufensterantrag. Ich sehe dies aber ausdrücklich nicht so.

Wie ist die Situation momentan? – Trotz steigender Effizienz wird der Stromverbrauch in den nächsten Jahren um 25 % bis 50 % steigen. Die Produktion grünen Wasserstoffes, die auch Strom erfordert, ist darin noch gar nicht eingerechnet. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns eindringlich, wir müssen schnellstens raus aus Öl und Gas. Der

Ausbau der erneuerbaren Energien muss massiv beschleunigt werden. Da der Strom aber nicht wie eine Drohne von Ast zu Ast bzw. von Ort zu Ort fliegt, braucht man dafür Übertragungsnetze. Alle Möglichkeiten zur Stromerzeugung und Stromverteilung müssen ausgeschöpft werden. Ich sage ausdrücklich: zentral und dezentral.

Lieber Herr Kollege Ludwig, wir haben nicht mehr die Zeit, zu nichts führende Diskussionen zu bestreiten, ob wir das eine oder das andere benötigen. Wir brauchen beides, zentral und dezentral.

(Beifall bei der SPD)

In all diesen Bereichen müssen wir gemeinsam tätig werden. Dazu gehört neben dem Ausbau der Windkraft auch ganz besonders ein klares Bekenntnis zum Stromnetzausbau. Ich meine dabei die Gleichstromtrassen, die Ersatzneubauten und die Verteilernetze. Hier gibt der Bundesbedarfsplan die Richtung vor. Es reicht eben nicht, im Bundesrat dafür zu sein und auf dem Weg über Niederbayern wieder zu vergessen, was man dort gesagt hat. Jeder muss als Abgeordneter eine Vorbildfunktion ausüben und auch vor Ort für die getroffenen Entscheidungen, von deren Richtigkeit wir überzeugt sind, einstehen. Stimmen Sie deshalb bitte alle diesem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Kollegin Karl. – Nächster Redner ist Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz ehrlich: Ich mag Annette Karl. Sie bringt das immer so richtig schön und unaufgeregt auf den Punkt. Sie macht das richtig gut. Das muss ich wirklich sagen. Ich danke dafür.

(Beifall)

Der Ausbau der HGÜ-Leitungen beschäftigt uns schon ewig – seit 2015, habe ich heute noch einmal nachgelesen. Damals ging es aber darum, den Strom aus Braun-

kohle nach Bayern zu bringen. Das darf man nicht vergessen. Die Windkraft ist erst später hinzugekommen. Tatsache ist, dass wir die Leitungen einfach brauchen, so oder so, und zwar möglichst schnell und möglichst viele davon. Die Projekte Sued-Link, SuedOstLink, Juraleitung und Ostbayernring würden das gesamte Netz entlasten.

Aber, Annette, eines ist klar: Wir brauchen nicht davon zu träumen, dass diese unregelmäßige Stromversorgung aus dem Norden, der Wind, uns versorgt. Wir können damit letzten Endes nur 7 % bis 8 % der gesamten Stromversorgung abdecken. In der Milchmädchenrechnung, wir kämen damit auf 40 %, sind Biogas, Photovoltaik, Geothermie und alles Mögliche schon eingerechnet. Der reine Wind bringt nicht so viel.

Wir müssen unbedingt etwas tun. Das Problem ist nur, dass alle Menschen vor Ort sagen: Ja, ich finde das auch wichtig, aber nicht in meinem Garten. – Das ist so. Schlimm ist, wenn die Politiker, die hier im Landtag sitzen, vor Ort eine andere Meinung vertreten, als sie hier zum Besten geben. Dazu gehören nicht nur die FREIEN WÄHLER, dazu gehören auch die GRÜNEN, die vor Ort auf einmal anderer Meinung sind. Herr Minister Aiwanger möchte mittlerweile lieber weltweit Kohle einkaufen. Ich weiß nicht, was das bringen soll, dann doch lieber die Leitungen. Es wäre schön, diese zu bekommen. Der SuedLink wird nach neuen Einschätzungen aber nicht vor 2028 fertig. Der SuedOstLink wird 2027 eventuell verbunden sein, jedoch gibt es hier noch einen mittleren Erwartungskorridor. Dies bedeutet, dass sich das Ganze deutlich verzögern könnte. Dann stünden wir richtig blöd da.

Wir brauchen diese Netze. Rainer Ludwig hat gerade gesagt: So viel wie nötig und nicht so viel wie möglich. Doch, ganz sicher müssen wir so viel wie möglich haben, weil wir niemals sicher sein können, dass uns jede dieser Leitungen versorgt. Außerdem dürfen wir nicht egoistisch sein. Wir brauchen hinterher ein Stromnetz, das ganz Europa kreuz und quer durchzieht, um immer Versorgungssicherheit zu haben, damit, wenn im letzten Dorf in Portugal der Strom ausfällt und der Strom in Brunsbüttel vorhanden ist, das Netz nicht zusammenbricht. Wir haben ein Verbundnetz. Wenn es ir-

gendwo kracht, kracht es überall. Deswegen dürfen wir auf keinen Fall provinziell denken.

Die Stromnetze müssen kommen. Wir stimmen dem Antrag zu. Die bayerischen Abgeordneten müssen sich aber in der Kommune dafür einsetzen, dass die Menschen dies verstehen und auch annehmen, und dürfen nicht, weil ihnen einmal der Wind ins Gesicht bläst, im letzten Moment sagen: Na ja, ich werde mich im Landtag dafür einsetzen, dass es nicht so kommt. – Diesen Verrat dürfen wir nicht begehen! Wir unterstützen das. Der Bund hat das auf den Weg gebracht, aber jetzt muss es auch ganz, ganz dringend passieren, da wir sonst vor die Hunde gehen. Annette, du hast es gesagt: Der Anteil am Strom, der darüber kommt, wird nicht so groß sein, wie wir uns dies erhoffen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Damit das klar ist: Wir stimmen jetzt über Tagesordnungspunkt 8 ab, also über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen" auf Drucksache 18/19491. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Bitte nehmen Sie Ihr Abstimmungstool zu sich. Die Abstimmung beginnt jetzt und dauert drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 21:50 bis 21:53 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? – Das scheint so zu sein. Damit ist der Abstimmungsvorgang beendet. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Nun gehe ich zu Tagesordnungspunkt 7 zurück. Hier ist ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt. Wir stimmen nun ab über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend

"Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse" auf Drucksache 18/19291. Bitte nehmen Sie wieder Ihr Abstimmungsgerät zur Hand. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 21:53 bis 21:56 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? Das scheint so zu sein. – Damit ist der Abstimmungsvorgang beendet. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Nun komme ich zur Bekanntgabe des Ergebnisses zu Tagesordnungspunkt 8, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen" auf Drucksache 18/19491. Mit Ja haben 36 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 63 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen null. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.03.2022 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen (Drucksache 18/19491)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger			
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan			
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	36	63	0